

**TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE**

P/XXI/91

Bonn, den 12. Mai 1966

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1 - 2	<u>Weltumspannende Grundvorstellungen</u> Demokratischer Sozialismus 1966 Von Eberhard Dingels	64
3	<u>Brüssel</u> Licht- und Schattenseiten	50
4	<u>Ostlandreiter</u> Der erhobene Zeigefinger des Herrn Schlamm	51
5	<u>USA und Lateinamerika</u> Vertrauenskrise in der westlichen Hemisphäre	40

+ + +

## Weitumspannende Grundvorstellungen

Demokratischer Sozialismus 1966

Von Eberhard Dingels

Der 10. Kongreß der Sozialistischen Internationale in Stockholm hat am letzten Wochenende mit der einstimmigen Annahme der Entschlüsse zur internationalen Lage, zur europäischen Zusammenarbeit und zur Abrüstung sein Ende gefunden. Eine Woche lang hatten Delegierte von über 40 sozialdemokratischen Parteien aus allen Teilen der Welt im Folkshuset die vier Hauptthemen der Konferenz: "Die internationale Lage", "Europa in der Weltpolitik", "Sozialdemokratisches Denken und Handeln in Entwicklungsländern" und die Abrüstung diskutiert.

In seiner Einführungsrede zur internationalen Lage hatte der Vorsitzende der SPD, Willy Brandt auf die Bedeutung der Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas für die organisatorische Weiterentwicklung der Sozialistischen Internationale hingewiesen. Wie sehr dieser Hinweis berechtigt war, zeigte sich nicht nur in der Aufnahme neuer Parteien aus den Entwicklungsländern, sondern auch in den teilweise sehr leidenschaftlich geführten Debatten des Kongresses.

Die Sozialistische Internationale, die 1951 in Frankfurt neu begründet wurde, setzte sich damals hauptsächlich aus den Parteien der Industrieländer zusammen. Es waren vor allem die großen sozialdemokratischen Parteien der skandinavischen Länder, Großbritanniens, Österreichs und Deutschlands, die den Weg der Sozialistischen Internationale entscheidend beeinflussten. Je mehr aber im Laufe der Jahre dieser Bund sozialdemokratischer Parteien die Verbindung zu den übrigen Kontinenten unserer Erde aufnahm, um so mehr mußten sich notwendigerweise einige Akzente in der politischen Arbeit der Internationale verschieben. Daß dabei auch Probleme bewältigt werden mußten, die früher kaum eine Rolle gespielt hatten, und daß dabei auch Fragestellungen zur Diskussion standen, die manchmal die gewohnten Vorstellungen der europäischen Mitgliedsparteien verändern mußten, lag auf der Hand.

Dieser Prozeß der geographischen Ausdehnung der Sozialistischen Internationale vollzieht sich nicht immer reibungslos. Und dies ist nicht verwunderlich, wenn man bedenkt, daß heute, 15 Jahre nach der Wiederbegründung in Frankfurt, sozialdemokratische Parteien aus Übersee auf den Konferenzen der Internationale mitsprechen, mitentscheiden, obwohl ihre Entstehung und ihre organisatorische Entwicklung sich unter von den europäischen Verhältnissen völlig verschiedenen historischen und wirtschaftlichen Bedingungen vollzogen hat, ist ein Beweis dafür, daß die Grundvorstellungen der Sozialdemokratie weltumspannend sind. Zugleich aber zwingt die Mitgliedschaft der nicht-europäischen Parteien in der Internationale uns alle, darüber nachzudenken, wie organisatorisch und politisch der veränderten Zusammensetzung Rechnung getragen werden kann, damit auf allen Ebenen der Internationale sichtbar wird, daß Zusammenarbeit und Verständigung sich auch im inneren Reglement ausdrückt.

Die Sozialistische Internationale ist ein wertvolles Instrument internationaler Politik, wenn es ihr gelingt, über den bisher üblichen Rahmen ein offenes Forum zur Diskussion sozialdemokratischer Politik in allen fünf Erdteilen zu werden. Daß es dann hier und dort Differenzen, verschiedene Betrachtungsweisen und möglicherweise auch bei Abstimmungen Mehrheiten und Minderheiten geben wird, ist eine Entwicklung, der man voll und ganz Rechnung tragen muß.

Der 10. Kongreß der Sozialistischen Internationale in Stockholm hat gezeigt, daß die sozialdemokratischen Parteien der Welt in ein neues Stadium ihres internationalen Bezugssystems eingetreten sind. Es bedarf des Mutes und des Geschicks aller dieser Parteien, um den neuen Weg so zu gehen, daß die Grundvorstellungen der Sozialdemokratie auch in der veränderten Welt von heute international ihre Verwirklichung finden. Diskussionen und Abstimmungsergebnis von Stockholm haben bewiesen, daß die sozialdemokratischen Parteien bereit sind, diesen Weg einzuschlagen.

Brüssel

Licht- und Schattenseiten

- \* "... aber es ist schwierig, zu sagen, bis wann sich der Wagen
- \* der Sechs durch seine eigene Kraft vorwärts bewegen kann, ohne
- \* auch nur eines einzigen politischen Motors zu bedürfen. Selbst
- \* wenn die Fortschritte weitergehen, laufen sie auf alle Fälle
- \* Gefahr, mehr und mehr Fortschritte einer Technokratie zu wer-
- \* den. Europa wird letzten Endes seine Sache nur gewinnen haben,
- \* wenn es das Europa der Völker sein wird "

(LE MONDE zum Kompromiß in Brüssel)

Der Die mühsam zustande gekommene Einigung in Brüssel über die Finanzierung des Agrarmarktes innerhalb der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) wurde sowohl in Paris als auch in Bonn mit Genugtuung begrüßt. Und dies zu Recht. Sie ist, wie es nicht anders sein kann, das Ergebnis eines Kompromisses. Bei solchem Handeln geht es hart auf hart zu und alle Beteiligten mußten einige Federn lassen. Nicht nur in der EWG bereiten Agrarprobleme große Kopfschmerzen. Auch anderen Ländern machen sie viel zu schaffen. Frankreich war vor allem an einer gesicherten Abnahme seiner überschüssigen Agrarprodukte im EWG-Raum gelegen. Es hat seinen Willen mit Zähigkeit und Geschick durchgesetzt, mußte allerdings dafür auch die Verkürzung des Zeitplanes für die Verwirklichung des freien Verkehrs auch im industriellen Bereich hinnehmen. Ab 1. Juli 1968 werden innerhalb der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft die letzten Zollschranken abgebaut, wird sich der Warenverkehr für industrielle und landwirtschaftliche Produkte in der Gemeinschaft frei von allen Binnenzöllen abwickeln können. Gewiß ein begrüßenswerter Fortschritt, der die Stellung der EWG in den bevorstehenden Kennedy-Runde stärkt.

Auf die Bundesrepublik kommen größere finanzielle Belastungen zu. Es wurde die Summe von zwei Milliarden DM genannt, die in den gemeinsamen Agrarfonds einzuzahlen sind und von denen eine Milliarde DM wieder zurückfließen soll. Doch dieses Opfer mußte gebracht werden, um die Gemeinschaft zu erhalten. An der Bundesregierung liegt es nun, die für den Verbraucher zunächst zu erwartende Mehrbelastung auf ein Minimum zu reduzieren, soll sich in ihr nicht die Vorstellung verdichten, die EWG kostet viel und bringt nichts ein. Ihr ausdrückli-

cher Zweck ist es ja, den Lebensstandard zu mehren, den Wohlstand zu sichern und die Grundlage für einen immer enger werdenden Zusammenschluß der europäischen Völker zu schaffen

Wo Licht ist, gibt es auch Schatten. In dem nun ausgehandelten Kompromiß wurden alle Integrationselemente abgebaut, es gibt keine Erweiterung der Autonomie der Hohen Kommission, den Motor aller europäischen Einigungsbestrebungen, und auch kein parlamentarisches Kontrollrecht. Die Verfügung über Milliardenbeträge geschieht außerhalb der Kontrolle und Einflußmöglichkeit des Europäischen Parlaments. Fünf von den sechs Partnern der EWG sprachen sich zwar für die Notwendigkeit einer Stärkung des Kontrollrechts des Europäischen Parlaments aus, doch unter dieser Erklärung fehlt die französische Unterschrift. Hier beharrt das Frankreich de Gaulles auf seiner Integrationsfeindlichen Haltung, es ist nicht gewillt, sich Mehrheitsentschlüssen zu fügen. Es orientiert sich ausschließlich nach dem Gehalt der eigenen Souveränität ohne höhere Souveränitäten anzuerkennen. So hängt die Stellung der Hohen Kommission, soweit es ihre politischen Befugnisse betrifft, in der Luft, sie muß sich mit der Rolle eines Administrators für die Erledigung von technischen und verwaltungsmäßigen Angelegenheiten begnügen.

Insmerhin bietet der in Brüssel erreichte Kompromiß ein Lichtblick in einer Zeit, in der die Wege nach Europa hin im Dunklen und Ungewissen sich zu verlieren drohen und in der das Atlantische Verteidigungsgebündnis, der Schutzschild des freien Europa, von Krisenerscheinungen erschüttert wird.

Von der Vereinigung Europas, wie sie die Römischen Verträge vorsehen, sind wir weit entfernt. Kein materielle Interessen überwiegen, bestimmen das Handeln. Vor der Verfolgung politischer übergeordneter Zielsetzungen ist kaum noch etwas zu spüren. Vielleicht bedarf es großer Erschütterungen, um die etwas müde gewordenen europäischen Geister mit neuer Aktivität, die weit in den politischen Raum hineinreicht, zu erfüllen.

Ostlandreiter.

Der erhobene Zeigefinger des Herrn Schlamm

G.H.T. - Sie reiten, und reiten und .. schreiben .. und daß sie letztlich nur schreiben, ist gut so. Denn ließe man sie gen Ostland reiten, dann geschähe dies heutzutage auf einer H-Bombe und das wäre auch für die Reiter von der Schreibmaschine das Ende, wie für die übrige Menschheit.

Verständnis für jene die in den zwanziger Jahren jung und gläubig an die Weltbeglückung durch den Krenl glaubten. Sie taten das reiner Herzens. In den dreißiger Jahren gab es ebenfalls Jung-Gläubige, die an den Sonnwendfeuern blaue Blumen besangen. Wohl starben in den zwanziger Jahren und später Millionen russischer Menschen in russischen KZ's; in den dreißigern Deutsche in deutschen KZ's. Von den späteren niedergeworbenen Greneln soll hier nicht die Rede sein. Wir sprechen heute von jenen Schreibern, die ihren Sinn gewandelt haben vor dreißig Jahren schon. Einer von ihnen, Herr Schlamm, schrieb etwa 1937 ein vernünftiges Büchlein: Die Diktatur der Lüge. Er nahm Abschied von seinen Jugendidealen. Die Feder legte er nicht aus der Hand. Er ist ein Kömmer und bewies das, ohne sie ihn in Deutschland als Ostlandfahrer von Dienst in ihre Redaktionen beriefen. Hier fand er zum Stil der heimatischen Miniarzeitung, 'Rote Fahne' (Wien), zurück. Es muß da immer einer der Sündenbock sein. An ihm darf kein gutes Haar gelassen werden, und spitz und voller Ranküne kühlt man sich sein schreibseliges Köttchen.

Der erhobene Zeigefinger des Oberlehrers fehlt nie. Man hat die Erlaubnis, seine Tiraden ans deutsche Volk von Ula bis Kiel (Küstner) und von Trier bis Hof zu halten. Nie ist von Verständigung die Rede, und nie von einer Welt, die sich täglich erneuert. Nie lernt man Flexibilität, außer der, sogar eine HED zu akzeptieren, bloß, weil die ein Argument mehr ist für den H-Bombenflug über jene Mauern, in der das schlechthin Böse sitzt.

Nie lesen wir mehr, was Ignazio Silone in seinem Vorwort zu jenen erwähnten Büchlein schrieb - daß nämlich jede Diktatur schlecht sei, mag sie rot, braun, grün oder schwarz sein. Die Einseitigkeit, die das Vorrecht Schlamm's und jener Jugend war, wandelte sich wohl zum Starrsinn des Alternden. Aber es ist traurig und es ist unerträglich, wenn einer wider besseres Wissen Hass, Vergeltung, Vernichtung und Untergang predigt, bloß, weil es ein paar Herren so gefällt.

Wohin sind wir nach zwanzig Jahren wieder gekommen? Der König hielt sich seinen Hofnarren, einige Chefredakteure leisten sich ihren Schlamm. Der deutsche Leser ist heute ziemlich entpolitisiert. Die vielzitierten Massenmedien tragen viel dazu bei. Zuweilen gibt es Wahlen. Und dann schwingt wieder Hoffnung auf: Viele denken doch, die Mehrheit der Jugend vor allem; sie alle empfinden den deplazierten Zeigefinger Williams S. Schlamms als anachronistisch und intolerant. Einmal werden auch die Brötchengeber des begabten Journalisten einsehen, daß man sehr auf der Hut sein muß, hüben und drüben, den Kopf unter'n Hut zu behalten.

Das Argument unserer Tage ist nicht mehr der Ritt gegen etwas, sondern viel mehr für etwas. Wenn das verstanden wird, erübrigen sich die Spalten der Gestrigen.

## USA und Lateinamerika

### Vertrauenskrise in der westlichen Hemisphäre

ND-1 - Nach einem Jugoslawienbesuch machte der Generalsekretär der venezolanischen Regierungspartei "Demokratische Aktion", Jesus Pazgalarraga, in Paris auf die Probleme Lateinamerikas aufmerksam. Die "Demokratische Aktion" verfolgt ein sozialdemokratisches Programm - ihr Führer, Rómulo Bétancourt, hat ähnlich wie Herbert Wehner mit den Kommunisten seine Erfahrungen gemacht und gilt als einer der Exponenten des demokratischen Sozialismus in Lateinamerika.

Pazgalarraga wies am Beispiel Venezuelas nach, daß man auch mit friedlichen Mitteln eine demokratische Revolution verwirklichen kann. Die fidelistischen Terroristen seien eine verschwindend geringe Minderheit, die täglich an Zulauf verliere.

Der wesentlichste Teil seiner Erklärungen galt indessen dem europäischen Desinteresse an einer Änderung der sozialen Verhältnisse in Lateinamerika und der amerikanischen Lateinamerika-Politik. Pazgalarraga warf den Amerikanern vor, sie würden jede Änderung der Verhältnisse in Lateinamerika als "kommunistisch gesteuert" abstempeln und die Wirklichkeit verkennen.

Daß es eine Vertrauenskrise zwischen dem reichsten Land der Erde und dem armen südlichen Nachbarn gibt, beweist auch der Rücktritt des wirtschaftlichen Beraterkollegiums der "Allians für den Fortschritt". Dieser Rat der "Neun Weisen" war bereits in jüngster Zeit auf sieben lateinamerikanische Fachleute zusammengeschmolzen, jetzt existiert er nicht mehr. Die Ratsmitglieder warfen den USA vor, sie hätten kein echtes Interesse an einer ursprünglichen Wirtschaftsentwicklung in Lateinamerika und verletzen den Geist der "Allianz für den Fortschritt", weil sie keine multilateralen Abmachungen treffen, sondern ihre Anleihen auf bilateraler Grundlage an die einzelnen iberoamerikanischen Länder vergeben. Freilich wies Washington diese Kritik zurück, doch der ungute Eindruck, den der Rücktritt der Ratsmitglieder hinterlassen hat, ist nicht so leicht wegzuwischen.

Wenig später trat auch der amerikanische Unterstaatssekretär für lateinamerikanische Wirtschaftsangelegenheiten, Thomas Mann, von seinem Posten zurück. Über diesen Rücktritt wird viel gerätselt. Mann gehörte wohl zu den in Lateinamerika umstrittensten amerikanischen Diplomaten. Von Geburt Texaner, der die meiste Zeit seines Lebens in Lateinamerika verbrachte, galt er als Freund der Militärdiktaturen und war daher in den Augen vieler demokratisch gesinnter Lateinamerikaner der Vertreter einer Politik, die in der Gedankenwelt des 19. Jahrhunderts verwurzelt ist.

Mann, so sagt man, habe wesentlich dazu beigetragen, daß die Lateinamerika-Politik der USA in den letzten Jahren im Süden des jungen Kontinents immer weniger Verständnis fand. In Panama soll er sich einem Rahmenabkommen widersetzt haben, das den Lateinamerikanern günstigere wirtschaftliche Bedingungen gewähren sollte.

Die Ära Mann ist zu Ende - die Vertrauenskrise zwischen Nord und Süd zu heilen wird eine Aufgabe sein, die die amerikanische Diplomatie trotz des Vietnam-Konflikts auf keinen Fall vernachlässigen darf. Sonst könnte leicht ein links- oder rechtsradikaler Demagoge ernten, wo er nicht gesät hat.